

# Antragsbuch A-Anträge

37. Landesparteitag  
am 05.11.2022 in Schkeuditz

<p>A-1</p> <p><u>Antragsteller:</u> Landesvorstand KPV Sachsen &amp; Landesvorstand CDA Sachsen</p> <p><u>Betreff:</u> Änderung des Sächsischen Reisekostengesetzes</p> <p><u>Der Landesparteitag möge beschließen:</u></p> <p>Die Erstattungssätze im Sächsischen Reisekostengesetz sind hinsichtlich der Höhe an die aktuellen Gegebenheiten anzupassen. Hierfür erachten wir einen Satz von 0,50 Euro für angemessen. Die CDU-Fraktion des Sächsischen Landtages wird hierzu gebeten, die entsprechenden Änderungen anzustoßen.</p> <p><u>Begründung:</u></p> <p>Seit der letzten Anpassung der Erstattungssätze sind alle damit einhergehenden Kosten für die Dienstreisenden, die mit ihren privaten Fahrzeugen dienstliche Aufgaben erledigen müssen, signifikant angestiegen. Sowohl die Kosten für die Anschaffung und Wartung eines Fahrzeuges, als auch die Betriebsstoffe sind seit der letzten Anpassung massiv gestiegen, teilweise verdoppelt worden. Eine faire und angemessene Erstattung der dienstlich notwendigen Reisen ist hierfür notwendig.</p>	<p>Votum der Antragskommission:</p> <p>Annahme in geänderter Fassung</p> <p>Geänderte Fassung:</p> <p>Die Erstattungssätze im Sächsischen Reisekostengesetz sind zu erhöhen. <del>hinsichtlich der Höhe an die aktuellen Gegebenheiten anzupassen.</del> Hierfür Wir erachten wir einen Satz von 0,50 Euro für angemessen. entsprechend der aktuellen Preisentwicklung eine Orientierung an der Pendlerpauschale für angemessen.</p> <p>Die CDU-Fraktion des Sächsischen Landtages wird hierzu gebeten, die entsprechenden Änderungen anzustoßen.</p>
<p>A-2</p> <p><u>Antragsteller:</u> Kreisvorstand CDU Görlitz</p> <p><u>Betreff:</u> Lehrermangel in den ländlichen Regionen entgegensteuern</p>	<p>Votum der Antragskommission:</p> <p>Annahme in geänderter Fassung</p>

<p><u>Der Landesparteitag möge beschließen:</u></p> <p>Damit der ländliche Raum für junge Menschen und Familien attraktiv ist, muss dieser aktiv gestaltet werden. Die Sächsische Union tritt für gleichwertige Lebensbedingungen in Stadt und Land ein. Deshalb müssen die Lehrkräfte dort ausgebildet werden, wo sie gebraucht werden. Der Freistaat Sachsen kann durch die gezielte Errichtung und Verlegung staatlicher Einrichtungen die Entwicklung von Regionen steuern. Um den Lehrermangel zu begegnen, fordern wir die Errichtung einer Lehramtsausbildungsstätte für das Lehramt Oberschulen und Förderschulen in der Oberlausitz und in Westsachsen. Außerdem soll der Gesetzgeber neben eingeführter Sonderzuschläge gezielt die Umzüge von Fachkräften in Bedarfsregionen unterstützen.</p> <p><u>Begründung:</u></p> <p>Die Union steht ein für gleichwertige Lebensbedingungen in Stadt und Land. Schüler haben unabhängig von ihrem Wohnort den Anspruch auf qualifizierte Lehrkräfte und beste Lehrangebote. Der Mangel an Lehrern ist im ländlichen Raum und in der Oberlausitz und in Südwestsachsen besonders stark ausgeprägt. Der Generationswechsel in diesen Jahren lässt den Bedarf an ausgebildeten Lehrern noch stärker steigen. Wenn die Absolventen der Lehramtsstudiengänge die Möglichkeit erhalten, ihr zweites Staatsexamen im ländlichen Raum abzulegen, steigt die Chance, dass sie sich für einen Berufsweg im ländlichen Raum entscheiden. Deswegen sollen entsprechende Ausbildungsstätten in Ost- und Südwestsachsen errichtet werden.</p>	<p>Geänderte Fassung:</p> <p>Damit der ländliche Raum für junge Menschen und Familien attraktiv ist, muss dieser aktiv gestaltet werden. Die Sächsische Union tritt für gleichwertige Lebensbedingungen in Stadt und Land ein. Deshalb müssen die Lehrkräfte insbesondere auch dort ausgebildet werden, wo sie besonders dringend gebraucht werden. <del>Der Freistaat Sachsen kann durch die gezielte Errichtung und Verlegung staatlicher Einrichtungen die Entwicklung von Regionen steuern.</del> Um dem Lehrermangel zu begegnen, fordern wir die Errichtung einer Lehramtsausbildungsstätte für das Lehramt Oberschulen und Förderschulen in nachweislich unterversorgten Gebieten wie bspw. der Oberlausitz <del>und</del> oder in Westsachsen. Außerdem wollen wir uns zeitnah über Anreizsysteme verständigen um dem Personalmangel zu begegnen. <del>soll der</del></p>
--	---

	Gesetzgeber neben eingeführter Sonderzuschläge gezielt die Umzüge von Fachkräften in Bedarfsregionen unterstützen.
--	--

<p>A-3</p> <p><u>Antragsteller:</u> Kreisvorstand CDU Görlitz</p> <p><u>Betreff:</u> Ausweitung der Kameratechnik zur Bekämpfung der Grenz- kriminalität im Freistaat Sachsen</p> <p><u>Der Landesparteitag möge beschließen:</u></p> <p>Seit dem Jahr 2019 setzt die Polizeidirektion Görlitz an insgesamt sechs verschiedenen Standorten in der historischen Altstadt Görlitz, an der Stadtbrücke Görlitz und in Hagenwerder stationäre Kameratechnik im Kampf gegen die grenzüberschreitende Eigentumskriminalität ein.</p> <p>Der Freistaat Sachsen baut die Maßnahmen als wichtigen Baustein im Gesamtkonzept gegen die Grenzriminalität in den Landkreisen Görlitz, Sächsische Schweiz/ Osterzgebirge, Vogtland und Zwickau konsequent aus. Darüber hinaus soll zur Unterstützung und Ergänzung mobile Kameratechnik beschafft werden, die in mobilen Einsatzfahrzeugen der Polizei installiert werden kann. Auf diese Weise soll die Technik verdeckt, flexibel und lageangepasst an verschiedenen Orten zum Einsatz kommen und die stationären Systeme ergänzen.</p> <p><u>Begründung:</u></p> <p>Die vorgenannten Forderungen dienen zur Bekämpfung und Eindämmung der grenzspezifischen Kriminalität. Die Kriminalitätsentwicklung ist im Freistaat Sachsen seit mehreren Jahren rückläufig. Das ist Ergebnis einer guten und konsequenten Polizeiarbeit. Diese Zahlen dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Kriminalität im Landkreis Görlitz mit den Grenzen zu Polen und Tschechien als auch in</p>	<p>Votum der Antragskommission:</p> <p>Annahme in geänderter Fassung</p> <p>Geänderte Fassung:</p> <p>Seit dem Jahr 2019 setzt die Polizeidirektion Görlitz an insgesamt sechs verschiedenen Standorten in der historischen Altstadt Görlitz, an der Stadtbrücke Görlitz und in Hagenwerder stationäre Kameratechnik im Kampf gegen die grenzüberschreitende Eigentumskriminalität ein.</p> <p>Der Freistaat Sachsen baut die Maßnahmen als wichtigen Baustein im Gesamtkonzept gegen die Grenzriminalität in den Landkreisen Görlitz, Bautzen, Sächsische Schweiz/ Osterzgebirge, Vogtland, Erzgebirge sowie Mittelsachsen</p>
---	---

<p>den weiteren Landkreisen mit Außengrenze zu Tschechien deutlich höher ist. Zu den häufigsten Straftaten zählen hier der Diebstahl, Einbruchsdiebstahl und Straftaten gegen die persönliche Freiheit. Die Kamertechnik ist dazu geeignet sowohl repressive als auch präventive Wirkung zu entfalten und die Sicherheit der Menschen deutlich zu erhöhen. Dies soll den Bürgern in allen Grenzregionen im Freistaat Sachsen zugutekommen.</p> <p>Der Einsatz mobiler Kamertechnik soll die stationären Maßnahmen unterstützen, denen auf Grund ihrer Bauart Grenzen gesetzt sind. Gerade der Einsatz von mobiler Kamertechnik erhöht bei potentiellen Straftätern die Hemmschwelle und die Angst vor Aufdeckung, da für diese die Polizeiarbeit nicht mehr kontrollierbar und einschätzbar ist. Die Abschreckungswirkung wird dadurch deutlich erhöht.</p> <p>Die geforderten Maßnahmen sind mit Augenmaß und Weitsicht verfasst worden. Bewusst des Spannungsverhältnisses des den Einzelnen grundrechtlich verbrieften Freiheitsrecht und der Abwehr von Gefahren für die Allgemeinheit. Die geforderten Maßnahmen entsprechen den datenschutzrechtlichen Grundsätzen und sind das zur Gefahrenabwehr effektivste und mildeste Mittel.</p>	<p>Zwickau-konsequent aus. Darüber hinaus soll zur Unterstützung und Ergänzung mobile Kamertechnik beschafft werden, die in mobilen Einsatzfahrzeugen der Polizei installiert werden kann. Auf diese Weise soll die Technik verdeckt, flexibel und lageangepasst an verschiedenen Orten zum Einsatz kommen und die stationären Systeme ergänzen.</p>
---	--

<p>A-4</p> <p><u>Antragsteller:</u> Kreisvorstand CDU Dresden</p> <p><u>Betreff:</u> Preiswerte Energie und Klimaschutz sind kein Widerspruch - mehr Marktwirtschaft in den Energiemarkt</p> <p><u>Der Landesparteitag möge beschließen:</u></p> <p>Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine führte zu grundlegenden Verwerfungen in der bisherigen Versorgung Deutschlands mit Energieträgern. Neben der akuten Frage, wie Bevölkerung, Unternehmen und öffentliche Institutionen vor unverhältnismäßigen Preisanstiegen während des Winters 2022/2023 geschützt werden können, müssen jetzt auch langfristige Weichen für die Energiepolitik gestellt werden.</p> <p>Hierzu zählen wir:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Wir stehen zu den Klimaschutzzielen, die unter der letzten Bundesregierung festgelegt wurden, müssen die dafür not-</li> </ol>	<p>Votum der Antragskommission:</p> <p>Gemeinsame Behandlung mit A-9</p> <p>Überweisung an den Landesvorstand</p>
---	---

<p>wendigen Maßnahmen zudem aber konkretisieren.</p> <ol style="list-style-type: none"><li>2. Deutschland und insbesondere Sachsen sind – als erfolgreiche Industriestandorte – zur Sicherung ihres Wohlstands auf Energie angewiesen. Es ist und bleibt Aufgabe der Energiepolitik, die Voraussetzungen zu schaffen, dass diese in ausreichender Menge und preiswert zur Verfügung steht.</li><li>3. Wir sind hierbei Verfechter eines marktorientierten Ansatzes, der die Ausweitung des Energieerzeugungsangebots als Lösungsansatz für die Schaffung eines preiswerten Angebots sieht. Wir lehnen eine Politik ab, die auf eine ideologisierte Verteuerung von Energieträgern ausgerichtet ist.</li><li>4. Der bisherige Ansatz zur Realisierung der Energiewende, die Brücke in eine CO<sub>2</sub>-freie Energiewirtschaft über große Mengen preisgünstigen Erdgases aus Russland zu erreichen, ist in dieser Form gescheitert. Ein vollständiger Ersatz dieser Mengen durch importiertes Flüssiggas ist bereits aus ökonomischen Gründen nicht möglich. Auch wenn nach Abschluss eines russisch-ukrainischen Friedensvertrags eine Wiederaufnahme eingestellter Lieferungen teilweise möglich sein sollte, müssen die weggefallenen Erdgasmengen anderweitig ersetzt werden.</li><li>5. Die einzige Erfolgsgarantie für eine erfolgreiche Energiepolitik ist, dass im Energiemarkt die Prinzipien der ökologisch-sozialen Marktwirtschaft gelten. Konkret bedeutet dies: Die Minimierung von finanzpolitischen Markteingriffen, und die Nutzung marktwirtschaftlicher umweltpolitischer Instrumente, wie z.B. des EU-Zertifikatehandels. Insbesondere bedeutet dies aber auch, dass die Marktteilnahme durch dezentrale Erzeuger-Verbraucher-Konstellationen (Prosumer) erleichtert wird. Die für die Stabilität nötigen Speicher sind insbesondere bei einer volatilen Elektroenergieerzeugung wichtiger Bestandteil des Energiemarkts. Der Energiemarkt muss im Großhandelsbereich europäisch funktionieren und eine Marktteilnahme aller Akteure (Prosumer) ermöglichen.</li><li>6. Klimaschutzpolitik muss am Ziel orientiert sein. Es ist unsere primäre Aufgabe, die Netto-Emission klimaschädlicher Gase auf 0 zu reduzieren und diese perspektivisch sogar aus der Atmosphäre zurückzugewinnen. Es sollte dem durch den Emissionszertifikatehandel gelenkten Markt überlassen bleiben, dieses Ziel optimal umzusetzen. Entsprechende regulatorische Anpassungen zur Zielerreichung sind anzustreben.</li><li>7. Im Rahmen der Angebotspolitik ist es wichtig, das Angebot zu diversifizieren, und jegliche einseitige Abhängigkeit zu vermeiden. Das ideologische Ausschließen einzelner Technologien als geeigneter Option hat sich nicht bewährt. Um das Angebot</li></ol>	
---	--

<p>auszuweiten, werden die erneuerbaren Energien eine große Rolle spielen. Kohlenstoffbasierte Energieträger können in Form von SynGas/ SynFuels auch zukünftig eine Rolle spielen, wenn diese in einer Kohlenstoffkreislaufwirtschaft eingebettet sind. In einer Übergangszeit sind Technologien zu entwickeln die eine Abscheidung, Deponierung und Verwendung (CCUS – Carbon Capture Utilization and Sequestration) bei bestehenden, mit fossilen Energieträgern betriebenen Anlagen, ermöglichen und die die Basis für diesen Kreislauf bilden. Die Nutzung der Kernenergie sollte nicht von vornherein ausgeschlossen werden, aber von der Lösung der Endlagerfrage sowie der aktualisierten Sicherheitsbewertung abhängig gemacht werden.</p> <p>8. Eine angebotsorientierte Politik erfordert rasche Genehmigungsprozesse für neue Energieerzeugungs- und verteilungsanlagen. In Sachsen wurde im Bereich der Windkraftnutzung mit der 1000m-Abstandsregelung bei gleichzeitiger Öffnungs- und Beteiligungsmöglichkeit im Falle der Zustimmung in den betroffenen Kommunen ein guter Weg beschritten, um das Angebot zu erhöhen, aber lokale Konflikte zu entschärfen. Wir unterstützen, wenn Kommunen entsprechend eine dezentrale Erzeugung im Gemeindegebiet fördern und sich als Marktteilnehmer aktiv an der Energiewende beteiligen können (Prosumer).</p> <p><u>Begründung:</u> /</p>	
---	--

<p>A-5</p> <p><u>Antragsteller:</u> Kreisvorstand CDU Landkreis Leipzig</p> <p><u>Betreff:</u> Ehrenamtskarte</p> <p><u>Der Landesparteitag möge beschließen:</u></p> <p>Die Delegierten des 37. CDU-Landesparteitages mögen sich auf Landesebene dafür einsetzen, dass die Sächsische Ehrenamtskarte künftig auch als App im Freistaat Sachsen zur Verfügung steht.</p>	<p>Votum der Antragskommission:</p> <p>Annahme</p>
--	--

<p><u>Begründung:</u></p> <p>Ein Drittel aller Bürgerinnen und Bürger in Sachsen engagiert sich ehrenamtlich. Alle Engagierten bringen sich mit Zeit und Energie zum Wohle anderer ein. In sehr vielfältigen Bereichen und in unterschiedlichem Umfang leisten Menschen ohne Vergütung wertvolle Beiträge für das Gemeinwesen. Eine attraktive Möglichkeit der Wertschätzung für bürgerschaftliches Engagement ist die Sächsische Ehrenamtskarte, die nunmehr in der 5. Auflage gestartet ist. Das Programm »Sächsische Ehrenamtskarte« ist ein Angebot an alle sächsischen Gemeinden sowie Vereine, Verbände und andere Träger des Engagements, das Ehrenamt der Bürgerinnen und Bürger zu würdigen. Zahlreiche Kooperationspartner beteiligen sich am Programm »Sächsische Ehrenamtskarte« und bieten den Inhabern der Karte verschiedene Vergünstigungen an, zum Beispiel beim Besuch von Schwimmbädern, Schlössern und Museen.</p> <p>Die Schaffung eines digitalen Angebots in Form einer App, welches unkompliziert auf das Smartphone oder Tablet geladen werden kann, wird die Attraktivität erhöhen und der Verpflichtung von Bund, Ländern und Kommunen Rechnung tragen, im Rahmen des Onlinezugangsgesetzes bis spätestens 31. Dezember 2022 ihre Verwaltungsleistungen medienbruchfrei, digital und nutzerfreundlich anzubieten. Es wird darauf verwiesen, dass das Bundesland Nordrhein-Westfalen bereits über ein solches Angebot verfügt und diesen interessierten Bundesländern zur Nachnutzung zur Verfügung stellt.</p>	
<p>A-6</p> <p><u>Antragsteller:</u> Kreisvorstand CDU Mittelsachsen</p> <p><u>Betreff:</u> Ablehnung der Gendersprache</p> <p><u>Der Landesparteitag möge beschließen:</u></p> <p>Der Landesparteitag möge beschließen, dass sich die Sächsische Union auf allen politischen Ebenen und in öffentlich-rechtlichen Gremien für die Ablehnung bzw. dort wo bereits praktiziert, für die Abschaffung der Gendersprache im öffentlichen Rundfunk sowie in der Verwaltungskommunikation einsetzt.</p>	<p>Votum der Antragskommission:</p> <p>Überweisung an Landtagsfraktion</p>

<p><u>Begründung:</u></p> <p>Der o.g. Antrag wurde mit großer Mehrheit auf der zurückliegenden Kreismitgliederversammlung der CDU Mittelsachsen am 24.09.2022 beschlossen. Als Christlich Demokratische Union sollten wir uns befehligen, unsere Sprache wertzuschätzen und nicht künstlich verbiegen zu lassen.</p>	
<p>A-7</p> <p><u>Antragsteller:</u> Kreisvorstand CDU Sächsische Schweiz - Osterzgebirge</p> <p><u>Betreff:</u> Brandschutz Wald</p> <p><u>Der Landesparteitag möge beschließen:</u></p> <p>Die Erfahrungen der großflächigen Waldbrände im Sommer dieses Jahres haben Mängel an Löschkapazitäten und feuerwehrtechnischen Ausstattung offengelegt, deren Behebung die für den Brandschutz verantwortlichen Kommunen überfordert.</p> <p>Darum fordert die Sächsische Union alle relevanten Akteure dazu auf</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Sich für die Beschaffung einer Grundausstattung geeigneter Löschflugzeuge in Verantwortung des Bundes einzusetzen, die bei entsprechenden Großschadensereignissen in den Ländern zur Unterstützung der örtlichen Brandschutzkapazitäten eingesetzt werden können.</li> <li>• Sich mit dem Bund und den anderen Bundesländern über länderübergreifende Konzepte und Zusammenarbeit bei der Bekämpfung solcher Großschadensereignisse zu verständigen.</li> <li>• Den zunehmenden Risiken und Ausstattungsbedarfe, die sich vor allem in von großen Waldbeständen geprägten Regionen Sachsens infolge der zunehmenden Trockenheit für die für den Brandschutz zuständigen Kommunen ergeben, bei der Zuwendungen für feuerwehrtechnische Ausstattungen aus dem Haushalt des Freistaates zu berücksichtigen.</li> </ul>	<p>Votum der Antragskommission:</p> <p>Überweisung an Landtagsfraktion</p>

- Verbindliche finanzielle Belastungsgrenzen zu definieren, die abhängig von der Schadenssumme eine Übernahme der örtlichen Einsatzkosten sicherstellen

Begründung:

Die zunehmende Trockenheit und sommerliche Hitze, die den Sommer in der Mehrzahl der letzten Jahre ausgezeichnet hat, macht eine Reaktion nicht nur hinsichtlich des Kampfes gegen Klimaveränderung, wie ihn die Bundesregierung regelmäßig thematisiert, erforderlich.

Auch die Katastrophenschutzkapazitäten müssen auf neue und in der Vergangenheit nicht gekannte Schadensereignisse einrichten.

Hier sind alle Verantwortungsträger gefordert. Die Kommunen leisten mit dem finanziellen Engagement und der großen und lobenswerten Einsatzbereitschaft der freiwilligen Feuerwehr einen sehr entscheidenden Beitrag. Die Waldbrände vom Sommer haben gezeigt, die technische Ausstattung unserer Wehren reicht für die Brandbekämpfung nicht aus. Die zusätzlichen Ausstattungsbedarfe sind nur mit gezielter Unterstützung möglich.

Gerade in schwer erreichbaren Regionen, wie der Sächsischen Schweiz, haben Hubschrauber und Löschflugzeuge wesentlich zur Brandbekämpfung beigetragen und sich als über effizient erwiesen. Der Freistaat hat – dankenswerterweise – die Beschaffung geeigneten Hubschraubermaterials in die Wege geleitet. Seitens des Bundes konnten Hubschrauber zum Einsatz gebracht werden. Bei Löschflugzeugen waren in Deutschland keine Kapazitäten vorhanden, sie mussten aus dem europäischen Ausland herangeführt werden. Deutschland braucht zum Eigenschutz und zur anlassbezogenen Kooperation im europäischen Rahmen hier eigene Kapazitäten, die nur in der Verantwortung des Bundes vorgehalten werden können.

A-8

Antragsteller:

Kreisvorstand CDU Sächsische Schweiz - Osterzgebirge

Betreff: Nationalpark Sächsische Schweiz

Votum der Antragskommission:

Überweisung an Landtagsfraktion

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die Landtagsfraktion wird aufgefordert, eine Überprüfung des Status des Nationalparks Sächsische Schweiz zu veranlassen, diese sollte beinhalten:

- Die Feststellung des Standes der Umsetzung der bei der Entscheidung über die Schaffung des Nationalparks getroffenen Annahmen und Planungen, insbesondere die Vereinbarkeit der Wildniskonzeption mit der Managementverpflichtung aus Art. 6 Abs. 3 FFH-Richtlinie.
- Die Auswirkungen einer Fortführung der festgeschriebenen Planungen auf die in der Region ansässigen Menschen und Betriebe.
- Die Vereinbarkeit der angemessenen touristischen Nutzung mit der Unterschutzstellung.
- Die Reflektion der Einschätzungen des Evaluationskomitees mit ihren Auswirkungen auf die Kommunen der Region.
- Eine Überprüfung des Schutzstatus zu veranlassen, die eine Überführung in einen „Naturpark“ mit einem hohen Schutzstatus im Detail einschließen kann.
- Die Übertragung der naturschutzbehördlichen Zuständigkeit für das Landschaftsschutzgebiet an den Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge. Die in Sachsen einmalige Sonderregelung einer Zuständigkeit der Landesdirektion für dieses Landschaftsschutzgebiet aufzuheben.
- Die Ausgliederung der vorderen Sächsischen Schweiz aus dem Nationalpark und ersatzweise eine elbübergreifende Angliederung von Bereichen entlang der tschechischen Grenze zu prüfen.
- Die Überarbeitung der Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft über die Nationalparkregion Sächsische Schweiz unter Beteiligung der betroffenen Einwohnerschaften, Kommunen und des Landkreises umzusetzen.
- Den Schutz des Gebietes als FFH- und SPA-Gebiet zu überprüfen und durch eine eigenständige Rechtsverordnung abzusichern sowie auf der Grundlage der seit 30 Jahren aufwändig vorgenommenen wissenschaftlichen Erhebungen und des Monitorings unverzüglich einen FFH-Managementplan vorzulegen.

Begründung:

Das Gebiet des Nationalparks Sächsische Schweiz erstreckt sich rechtseibisch im Gebiet des Landkreises Sächsische Schweiz-Osterzgebirge über eine nicht zusammenhängende Fläche von 9.350 ha. 93 % des Gebiets bestehen aus Wald- und Felsbereichen, die restlichen 7 % sind Offenland. Das Gebiet ist gezeichnet von Spuren intensiver Nutzung, wie z.B. Rodung und Besiedlung der Randlagen (seit dem 13. Jhd.), Forstwirtschaft, Flößerei und Jagd (seit Mitte des 15. Jhd.) sowie Tourismus, Wander- und Klettersport (seit dem 19. Jhd.). Mit Begründung des NLP im Jahr 1990 wurde festgesetzt, dass im Jahr 2030, also 40 Jahre nach Gründung, das 75%-Wildnis Ziel erreicht werden soll.

Der Nationalpark wurde von der frei gewählten Volkskammer unter Missachtung der wiedergewonnenen kommunalen Selbstverwaltungsgarantie der Städte und Gemeinden errichtet. Daraus ergeben sich bis heute fortwirkende Friktionen. Insbesondere wird die Vollzugspraxis der Landesdirektion von den Kommunen seit Jahren als nicht konsistent und wegen der fehlenden wissenschaftlichen Grundlage kritisiert.

Es fehlen trotz des über 30-jährigen Bestehens des Nationalparkes wissenschaftlich abgesicherte Fakten, die die Prognose einer Entwicklungsfähigkeit des Nationalparks rechtfertigen würden und den Anforderungen von § 24 BNatSchG zu einem späteren Zeitpunkt entsprechen können. Das Gebiet ist vielfach zerschnitten, in eine stark siedlungsgeprägte Kulturlandschaft und umfasst im wesentlichen Schutzgüter, die mit anderen Schutzkategorien, z.B. NSG hinreichend geschützt werden könnten.

Dabei ist der Tatsache Rechnung zu tragen, dass es sich zugleich um ein FFH-Gebiet handelt. Aufgrund der inzwischen über 30 Jahre erfolgten Monitoringmaßnahmen und wissenschaftlich-methodisch abgesicherten Erhebungen durch die Nationalparkverwaltung als Naturschutzfachbehörde sollte kurzfristig die Ausarbeitung eines FFH-Managementplanes möglich sein. Auf dieser Grundlage könnte die Nationalparkverwaltung ihren sich aus dem FFH-Status ergebenden Managementverpflichtungen nachkommen und Handlungssicherheit für alle Beteiligten schaffen.

Unmittelbar an den Grenzen vieler Nationalparkflächen befinden sich Gemeinden, denen bei der im Interesse ihrer Bürgerinnen und Bürger gewünschten Entwicklung von Wohn- und Gewerbeflächen mehr als nur enge Grenzen gezogen werden. Diese Wechselwirkungen wurden

<p>schon bei der Entscheidung über die Schaffung des Nationalparks nicht hinreichend beachtet. Das Evaluationskomitee hat dieses Spannungsfeld nicht in geeigneter Weise berücksichtigt. Die engen Grenzen sollten aufgehoben werden.</p> <p>Die Felslandschaft der Sächsischen Schweiz ist seit Generationen eine beliebte Ausflugs- und Urlaubsregion. Viele Betriebe erwirtschaften ihre Umsätze mit den Gästen, die unsere Heimat besuchen. Diese Betriebe geben zahlreichen Menschen Arbeit. Die vom Evaluationskomitee beabsichtigten Einschränkungen der Begehbarkeit vorhandener Wege, gefährdet die wichtige Erholungsfunktion der Region. Die Waldbrände des vergangenen Jahres in der Schutzregion konnten nur mit massivem Einsatz zahlreicher Feuerwehrleute aus Sachsen und hinzugezogener Technik nach Wochen endgültig gelöscht werden. Um hier Prävention durch die Herabsetzung der möglichen Brandlast und Erleichterungen für die Löschkräfte zu erreichen, müssen Zufahrten gesichert und geeignete Wasserspeicher geschaffen werden. Dies dient auch dem notwendigen Schutz der Bewohner der Nationalparkregion, deren Besitz von den Flächenbränden bedroht war. Dies ist aber in den Festlegungen des Evaluationskomitees, die den Interessen der Bewohner nicht die notwendige Bedeutung beimessen, nicht im gebotenen Maß berücksichtigt.</p>	
---	--

<p>A-9</p> <p><u>Antragsteller:</u> Landesvorstand MIT Sachsen</p> <p><u>Betreff:</u> „Langfristige Weichen für die Energiepolitik“</p> <p><u>Der Landesparteitag möge beschließen:</u></p> <p>Hierzu zählen wir:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Wir stehen zu den Klimaschutzzielen, die unter der letzten Bundesregierung festgelegt wurden, müssen die dafür notwendigen Maßnahmen zudem aber konkretisieren.</li> <li>2. Deutschland und insbesondere Sachsen sind – als erfolgreiche Industriestandorte – zur Sicherung ihres Wohlstands auf Energie angewiesen. Es ist und bleibt Aufgabe der Energiepolitik, die</li> </ol>	<p>Votum der Antragskommission:</p> <p>Gemeinsame Behandlung mit A-4</p> <p>Überweisung an den Landesvorstand.</p>
---	--

<p>Voraussetzungen zu schaffen, dass diese in ausreichender Menge und preiswert zur Verfügung steht.</p> <p>3. Wir sind hierbei Verfechter eines marktorientierten Ansatzes, der die Ausweitung des Energieerzeugungsangebots als Lösungsansatz für die Schaffung eines preiswerten Angebots sieht. Wir lehnen eine Politik ab, die auf eine ideologisierte Verteuerung von Energieträgern ausgerichtet ist.</p> <p>4. Der bisherige Ansatz zur Realisierung der Energiewende, die Brücke in eine CO<sub>2</sub>-freie Energiewirtschaft über große Mengen preisgünstigen Erdgases aus Russland zu erreichen, ist in dieser Form gescheitert. Ein vollständiger Ersatz dieser Mengen durch importiertes Flüssiggas ist bereits aus ökonomischen Gründen nicht möglich. Auch wenn nach Abschluss eines russisch-ukrainischen Friedensvertrags eine Wiederaufnahme eingestellter Lieferungen teilweise möglich sein sollte, müssen die weggefallenen Erdgasmengen anderweitig ersetzt werden.</p> <p>5. Die einzige Erfolgsgarantie für eine erfolgreiche Energiepolitik ist, dass im Energiemarkt die Prinzipien der ökologisch-sozialen Marktwirtschaft gelten. Konkret bedeutet dies: Die Minimierung von finanzpolitischen Markteingriffen, und die Nutzung marktwirtschaftlicher umweltpolitischer Instrumente, wie z.B. des EU-Zertifikatehandels. Insbesondere bedeutet dies aber auch, dass die Marktteilnahme durch dezentrale Erzeuger-Verbraucher-Konstellationen (Prosumer) erleichtert wird. Die für die Stabilität nötigen Speicher sind insbesondere bei einer volatilen Energieerzeugung wichtiger Bestandteil des Energiemarkts. Der Energiemarkt muss im Großhandelsbereich europäisch funktionieren und eine Marktteilnahme aller Akteure (Prosumer) ermöglichen.</p> <p>6. Klimaschutzpolitik muss am Ziel orientiert sein. Es ist unsere primäre Aufgabe, die Netto-Emission klimaschädlicher Gase auf 0 zu reduzieren und diese perspektivisch sogar aus der Atmosphäre zurückzugewinnen. Es sollte dem durch den Emissionszertifikatehandel gelenkten Markt überlassen bleiben, dieses Ziel optimal umzusetzen. Entsprechende regulatorische Anpassungen zur Zielerreichung sind anzustreben.</p> <p>7. In Anbetracht der Verknappung und damit verbundenen Verteuerung aller Energieressourcen muss die Kernenergie wieder eine wichtige Rolle im Mix der zur Absicherung der Grundlastfähigkeit unserer Energieversorgungsnetze notwendigen Erzeugungstechnologien spielen. Die Abhängigkeit von Drittländern bei der Beschaffung von Energie jeglicher Art muss unbedingt auf ein Minimum reduziert werden. Zur Erreichung der Ziele des</p>	
--	--

<p>Weltklimarates (IPCC) kann auf Kernenergie als emissionsfreie Energiequelle nicht verzichten. Die EU hat aus guten Gründen auch deswegen die Kernenergie als grüne Energieerzeugungsart klassifiziert. Zur Sicherung des Weiterbetriebs der im Stilllegungsmodus befindlichen drei AKW's und weiteren noch in Betrieb befindlichen AKW's muss der Paragraph 7 Atomgesetz abgeschafft werden. Damit wären alle rechtlichen Hürden zur Wiederinbetriebnahme der abgeschalteten und des Weiterbetriebes der laufenden AKW's beseitigt. Zu Laufzeitlänge und Wirtschaftlichkeit sollten die Betreiber Vorschläge erarbeiten. Versorgungssicherheit ist nicht zum Nulltarif zu haben. Zur Endlagerfrage sollte sich Deutschland an Modellen anderer europäischer Länder orientieren und verstärkt in FuE zu Recyclingtechnologien für diesen Abfall investieren. Schlussendlich wäre der Standort Deutschland wieder frei für Investments in die 4. Reaktorgeneration: Kleiner - billiger – sicherer - dezentraler.</p> <p>8. Eine angebotsorientierte Politik erfordert rasche Genehmigungsprozesse für neue Energieerzeugungs- und verteilungsanlagen. In Sachsen wurde im Bereich der Windkraftnutzung mit der 1000m-Abstandsregelung bei gleichzeitiger Öffnungs- und Beteiligungsmöglichkeit im Falle der Zustimmung in den betroffenen Kommunen ein guter Weg beschritten, um das Angebot zu erhöhen, aber lokale Konflikte zu entschärfen. Wir unterstützen, wenn Kommunen entsprechend einer dezentralen Erzeugung im Gemeindegebiet fördern und sich als Marktteilnehmer aktiv an der Energiewende beteiligen können (Prosumer).</p> <p><u>Begründung:</u></p> <p>Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine führte zu grundlegenden Verwerfungen in der bisherigen Versorgung Deutschlands mit Energieträgern. Neben der akuten Frage, wie Bevölkerung, Unternehmen und öffentliche Institutionen vor unverhältnismäßigen Preisanstiegen während des Winters 2022/2023 geschützt werden können, müssen jetzt auch langfristige Weichen für die Energiepolitik gestellt werden.</p>	
<p>A-10</p> <p><u>Antragsteller:</u> Landesvorstand JU Sachsen &amp; Niederschlesien</p>	<p>Votum der Antragskommission:</p> <p>Überweisung an Landtagsfraktion</p>

<p><u>Betreff:</u> Einstellungskorridor für die sächsische Polizei anheben</p> <p><u>Der Landesparteitag möge beschließen:</u></p> <p>Die Sächsische Union will den jährlichen Einstellungskorridor für den sächsischen Polizeidienst wieder auf 600 Anwärter anheben und über das Jahr 2026 hinaus beibehalten. Darüber hinaus soll eine vierte Polizeifachschule in Ostsachsen die Ausbildung attraktiver machen und die Einstellungszahl realisierbar machen. Die drei bestehenden Ausbildungsstandorte in Chemnitz, Leipzig und Schneeberg bleiben erhalten.</p> <p><u>Begründung:</u></p> <p>In diesem Jahr wurden 445 Anwärter für den Polizeidienst aufgenommen. Geplant waren 450 für 2022, im Jahr 2025 nur noch 250, im Jahr 2019 waren es noch 700. Hinzu kommt eine hohe Zahl von Personen, die in den nächsten Jahren in den Ruhestand gehen und eine 15-prozentige Abbrecherquote. Damit werden die 1.000 neuen Polizisten bereits in wenigen Jahren wieder abgebaut, da eine große Zahl von älteren Beamten in den Ruhestand gehen wird.</p> <p>Immer komplexere Aufgaben bedürfen eines ausreichenden Personaldecke. Die Ausbildung muss daher breiter aufgestellt und damit attraktiver werden. Ein Standort in Ostsachsen kann eine wohnortnahe Ausbildung ermöglichen und ein Teil der Strukturentwicklung in Ostsachsen sein. Konkret können die Standorte Chemnitz und Schneeberg mit je 6 Klassen und die Standorte Leipzig und Ostsachsen mit je 5 Klassen ausgestattet werden.</p>	
<p>A-11</p> <p><u>Antragsteller:</u> Landesvorstand JU Sachsen &amp; Niederschlesien</p> <p><u>Betreff:</u> Kooperation zwischen Landes- und Bundespolizei erhöhen</p> <p><u>Der Landesparteitag möge beschließen:</u></p> <p>Die Sächsische Union setzt sich für eine Kooperation zwischen Landes- und Bundespolizei sowie Bundeswehr für die Nutzung von</p>	<p>Votum der Antragskommission:</p> <p>Annahme</p>

<p>Schießplätzen ein. Synergieeffekte können zur Verbesserung der Ausbildung beitragen.</p> <p><u>Begründung:</u></p> <p>Schießübungen gehören zum Alltag von Polizisten. Die regelmäßige Durchführung ist essenziell für den sicheren Umgang mit der Dienstpistole. Die aktuelle Kapazität der Standorte ist nicht ausreichend. Eine Kooperation mit anderen Behörden würde bereits Abhilfe schaffen. Am Schießplatz in Pirna gelingt dies bereits zwischen der Bundespolizei und dem Zoll.</p>	
--	--

<p>A-12</p> <p><u>Antragsteller:</u> Landesvorstand JU Sachsen &amp; Niederschlesien</p> <p><u>Betreff:</u> Jobräder / Jobtickets für die sächsische Polizei</p> <p><u>Der Landesparteitag möge beschließen:</u></p> <p>Die Sächsische Union setzt sich für Jobräder bzw. Jobtickets für die sächsischen Polizisten ein.</p> <p><u>Begründung:</u></p> <p>Jobräder und Jobtickets können insbesondere den jungen Anwärtern die Dienstwege deutlich erleichtern und einen Beitrag zur besseren Anerkennung für unsere Polizisten leisten. In vielen Bereichen des öffentlichen Dienstes werden bereits Jobräder und Jobtickets angeboten. Auch im Polizeidienst sollten diese Angebote geprüft werden, um an Attraktivität zu gewinnen.</p>	<p>Votum der Antragskommission:</p> <p>Überweisung an Landtagsfraktion</p>
--	--

<p>A-13</p> <p><u>Antragsteller:</u> Landesvorstand JU Sachsen &amp; Niederschlesien</p>	<p>Votum der Antragskommission:</p> <p>Annahme in geän-</p>
--	---

<p><u>Betreff:</u> Eigene Gasreserven nutzen – Fracking legalisieren</p> <p><u>Der Landesparteitag möge beschließen:</u></p> <p>Die Sächsische Union spricht sich dafür aus, Fracking in Deutschland zu legalisieren und anzuwenden.</p> <p><u>Begründung:</u></p> <p>Erdgas ist als Brückentechnologie für die Energiewende von enormer Bedeutung und wird momentan hauptsächlich von russischen Unternehmen geliefert. Damit ist Deutschland in ein Abhängigkeitsverhältnis mit drastischem Ausmaß gelangt. Die Nutzung heimischer Rohstoffe ist deshalb zwingend erforderlich, um mehr Unabhängigkeit zu erlangen. Fracking erlaubt es die deutschen Schiefergasreserven zu fördern und somit den eigenen Gasvorrat zu erhöhen. Die Technologie wurde bereits 2013 von allen 17 staatlichen geologischen Diensten als „aus geowissenschaftlicher Sicht kontrolliert, sicher und umweltverträglich möglich eingeordnet, insofern die gesetzlichen Regelungen und technischen Standards eingehalten und detaillierte standortbezogenen Voruntersuchungen durchgeführt werden.“</p> <p>Es gibt somit keinen faktenbasierten Grund dieses Verfahren nicht anzuwenden. Nach dem Bericht der U.S. Environmental Protection Agency (2015) gab es unter den mehr als 3 Millionen erzeugten Fracs in den USA nur Einzelfälle mit Grundwasser-Kontaminationen durch Schiefergasbohrungen, welche in Deutschland nicht genehmigungsfähig gewesen wären. Auch für erneuerbare Energien wie Tiefengeothermie ist Fracking häufig eine notwendige Voraussetzung. Bereits 2016 wurde durch die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe eine Gesamtmenge von 6810 Milliarden m<sup>3</sup> Schiefergas als technisch förderbar deklariert. Eine jährliche Förderung von 20 Milliarden m<sup>3</sup> Schiefergas pro Jahr wäre über Jahrzehnte möglich und beim derzeitigen Bedarf von ca. 80 Milliarden m<sup>3</sup> Gas pro Jahr ein erheblicher Beitrag.</p> <p>Fracking ist somit keine Hochrisikotechnologie, sondern ein wichtiger Schritt zur Deutschen Unabhängigkeit von russischem Gas.</p>	<p>derter Fassung</p> <p>Geänderte Fassung:</p> <p>Die Sächsische Union spricht sich <del>dafür aus, Fracking in Deutschland zu legalisieren und anzuwenden.</del> im Interesse einer Nutzung in unserem Land vorhandener Bodenschätze und der veränderten energiepolitischen Situation dafür aus, die Nutzung der erheblichen in Deutschland vorhandenen Gasvorräte zu ermöglichen. Dafür soll in der Konsequenz der Ergebnisse der von der Bundesregierung 2018 eingesetzten <b>„Expertenkommission Fracking“</b> als beherrschbar eingeschätzten Risiken der Technologie das Verbot des Einsatzes von Fracking aufgehoben werden. Damit könnten nach Angaben der Bergakademie Freiberg Fördermengen bis zum 20-fachen des deutschen Jahresbedarfs an Erdgas gewonnen werden.</p>
--	---

<p>A-14</p> <p><u>Antragsteller:</u> Landesvorstand JU Sachsen &amp; Niederschlesien</p> <p><u>Betreff:</u> Abhängigkeit verringern – kritische Rohstoffe selbst fördern</p> <p><u>Der Landesparteitag möge beschließen:</u></p> <p>Die Sächsische Union spricht sich dafür aus, Subventionen für die Realisierung von Bergbauprojekten in Deutschland, bei denen kritische Rohstoffe gewonnen werden, einzuführen.</p> <p><u>Begründung:</u></p> <p>Mit der Energiewende erleben Deutschland und Europa einen Wechsel der Rohstoffabhängigkeiten von meist russischem Öl und Gas zu mineralischen Rohstoffen wie z.B. Seltenen Erdelementen und Lithium, vornehmlich aus China. Diese Rohstoffe sind die Grundlage für die Energiewende und die Bedarfe steigen weltweit an, weshalb Wettbewerb und Preislage enorm in die Höhe getrieben werden.</p> <p>Eine Förderung des einheimischen Bergbaus auf diese Rohstoffe würde somit nicht nur zu mehr Unabhängigkeit von den marktdominierenden Ländern führen, sondern auch die Sicherheit der Lieferketten enorm steigern. Zudem findet Bergbau in Deutschland und Europa meist unter viel höheren Standards statt als in den herkömmlichen Förderländern, weshalb positive Auswirkungen auf Umwelt und Klima antizipiert, werden können.</p>	<p>Votum der Antragskommission:</p> <p>Überweisung an Landtagsfraktion und Landesgruppe</p>
<p>A-15</p> <p><u>Antragsteller:</u> Landesvorstand JU Sachsen &amp; Niederschlesien</p> <p><u>Betreff:</u> Exploration vereinfachen</p>	<p>Votum der Antragskommission:</p> <p>Überweisung an Landtagsfraktion und Landesgruppe</p>

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die Sächsische Union spricht sich dafür aus, Kontaktinformationen von Grundstückseigentümern an Explorationsunternehmen behördlich zu übermitteln und eine engere Zusammenarbeit von Landkreis und Landesebene bei bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu ermöglichen.

Begründung:

Mit der Energiewende erleben Deutschland und Europa einen Wechsel der Rohstoffabhängigkeiten von meist russischem Öl und Gas zu mineralischen Rohstoffen wie z.B. Seltenen Erdelementen und Lithium, vornehmlich aus China. Diese Rohstoffe sind die Grundlage für die Energiewende und die Bedarfe steigen weltweit an, weshalb Wettbewerb und Preislage enorm in die Höhe getrieben werden.

Eine Förderung des einheimischen Bergbaus auf diese Rohstoffe würde somit nicht nur zu mehr Unabhängigkeit von den marktdominierenden Ländern führen, sondern auch die Sicherheit der Lieferketten enorm steigern. Zudem findet Bergbau in Deutschland und Europa meist unter viel höheren Standards statt als in den herkömmlichen Förderländern, weshalb positive Auswirkungen auf Umwelt und Klima antizipiert, werden können.

Exploration stellt die empfindliche Vorstufe des Bergbaus dar, viele Unternehmen verlieren wertvolle Zeit und Geld dabei die Eigentümer jedes einzelnen betroffenen Grundstückes in Erfahrung zu bringen und diese zu kontaktieren. Diese Ressourcen sind jedoch in der Anfangsphase entscheidend für das Überleben des Unternehmens. Da das Ziel der Exploration, der einheimische Bergbau, einen Vorteil für alle Bürger darstellt, sollte eine Sondergenehmigung zur Übermittlung der Daten unter geeigneten Datenschutzmaßnahmen gewährleistet werden.

Ein weiteres Hindernis stellt doppelte Abfrage und Überprüfung der Informationen vom Oberbergamt im Zuge der Rahmenbetriebsplangenehmigung und jener der Denkmalschutzbehörde dar. Eine engere Kooperation und behördeninterne Informationsübermittlung sollten hier angestrebt werden.

A-16

Votum der Antrags-

<p><u>Antragsteller:</u> Landesvorstand JU Sachsen &amp; Niederschlesien</p> <p><u>Betreff:</u> Medienkompetenz als Schlüsselqualifikation in sächsische Lehrpläne</p> <p><u>Der Landesparteitag möge beschließen:</u></p> <p>Die sächsische Union setzt sich für die Aufnahme des Themas „Soziale Medien“ im Zusammenhang mit der Schlüsselqualifikation Medienkompetenz in künftige sächsische Lehrpläne ein.</p> <p><u>Begründung:</u></p> <p>Medienkompetenz als Schlüsselqualifikation hat unter unserem Kultusminister Christian Piwarz seinen Weg in die aktuellen Lehrpläne für die sächsischen Schulen gefunden. Wir sind überzeugt, dass dies ein wichtiger Schritt im Umgang mit digitalen und analogen Medien ist, zeigen zugleich aber auf, dass das Thema „Soziale Netzwerke“ noch stärker behandelt werden muss.</p> <p>Studien zufolge verbringen Kinder durchschnittlich rund zweieinhalb Stunden täglich in sozialen Netzwerken. Damit sind diese ein prägender Teil der Entwicklung. Kindern und Jugendlichen ist die Anwendung der Apps vertraut, jedoch wissen sie zumeist nicht, welche Rechte sie mit der AGB-Unterzeichnung von Facebook abgeben. Welche Auswirkungen die auf die Nutzer optimierten Algorithmen haben, welche Nutzerprofile über sie angelegt werden oder welche Verwertungsmöglichkeiten gepostete Bilder und gefasste Texte haben, sollte Teil einer zeitgenössischen Medienkompetenz in zukünftigen Lehrplänen aufzeigen.</p>	<p>kommission:</p> <p>Überweisung an Landtagsfraktion und Landesfachauschüsse</p>
<p>A-17</p> <p><u>Antragsteller:</u> Landesvorstand JU Sachsen &amp; Niederschlesien</p> <p><u>Betreff:</u> Künftige Gehälter der Intendanten des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks reformieren</p>	<p>Votum der Antragskommission:</p> <p>Überweisung an Landtagsfraktion und Landesgruppe</p>

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die Gehälter künftig neu zu besetzender Intendanten sollen sich streng an den Landesbesoldungstabellen der Bundesländer orientieren. Wir fordern die Rundfunkräte auf, eine geeignete Entlohnung festzulegen.

Begründung:

Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sind Anstalten öffentlichen Rechts. Sie werden seit 2013 durch einen durch die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) festgelegten und durch den sich aus dem Rundfunkbeitragsstaatsvertrag ergebenden Rundfunkbeitrag in Höhe von **18,36€** von allen Bürgern verpflichtend finanziert. Sie sind gemäß Rundfunkstaatsvertrag in öffentlichem Auftrag tätig.

Wir teilen mit voller Überzeugung die Ansicht, dass den Anstalten des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks auch zukünftig ein umfänglicher Bestandsschutz garantiert werden sollte. Gleichsam sind wir aber überzeugt, dass eine andauernde Weiterentwicklung der Anstalten als auch der Finanzierungsfrage notwendig ist, um ihre zugeordneten Aufgaben, insbesondere den Bildungsauftrag, vollumfänglich zu erledigen. Die Besoldung für Beamte und Entlohnung für Angestellte des öffentlichen Dienstes ist eine herausragende Grundlage für eine dem Bürger dienende Verwaltung.

Rundfunkanstalten sind beitragspflichtig finanzierte Anstalten öffentlichen Rechts und im öffentlichen Auftrag tätig. Der öffentlich-rechtliche Charakter muss sich auch in der Gehaltsstruktur ihrer Spitzenämter niederschlagen. Die gelebte Praxis der Gehälter für die Intendanten der Landesrundfunkanstalten von bis zu **413.000€ p.a.** (WDR) entspricht diesem nicht. Das Gehalt des Intendanten des Mitteldeutschen Rundfunks in Höhe von **295.000€ p.a. (2021)** übertrifft das der sächsischen Spitzenämter um ein Vielfaches.

Auch aus der laufenden Berichterstattung über vermutlich weitreichende, dem Prinzip der Sparsamkeit entgegentretenden Ermächtigungen einzelner (ehemaliger) Intendanten, fühlen wir uns als politische Verantwortungsträger verpflichtet, diese Aufforderung zur Mäßigung zu stellen.

<p>A-18</p> <p><u>Antragsteller:</u> Landesvorstand JU Sachsen &amp; Niederschlesien</p> <p><u>Betreff:</u> Jetzt in Cybersicherheit investieren</p> <p><u>Der Landesparteitag möge beschließen:</u></p> <p>Die Sächsische Union setzt sich für eine stärkere, gleichzeitig dauerhafte Ausstattung der Cyberabwehr-Forschung ein.</p> <p>Unser Ziel ist es, geeignete Maßnahmen zur Härtung der deutschen Verwaltung und der gesamten Wirtschaft, insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen, anbieten zu können.</p> <p><u>Begründung:</u></p> <p>Nahezu wöchentlich werden über sogenannte Cyberangriffe berichtet. Dabei stehen nicht allein Unternehmen oder öffentliche Einrichtungen mit kritischer Infrastruktur im Ziel der Angriffsversuche. Selbst Vereine, Parteien, Forschungseinrichtungen und Privatpersonen werden Opfer von Hackern.</p> <p>Richtigerweise wird seit dem Ukrainekrieg verstärkt in die Boden- und Luftverteidigung und in die Ausstattung der Soldaten investiert. Jedoch wurde auch aufgezeigt, wie eine hybride Kriegsführung aussehen kann. Deshalb muss in die Forschung von Cyberabwehrmöglichkeiten verstärkt investiert werden. Die beste militärische Verteidigung ist wirkungslos, wenn durch Cyberangriffe die Versorgung abgeschnitten wird. Gleiches gilt für den Katastrophenschutz.</p> <p>Unsere hochentwickelten und tief vernetzten Gesellschaften sind durch eine mangelnde Cyberabwehr verwundbar. Erpressungen oder Unternehmensspionage können verheerende Schäden der Wirtschaft zur Folge haben. Durch Desinformationen und Propaganda ist auch der gesellschaftliche Frieden potenziell gefährdet.</p> <p>Durch das schuldenfinanzierte Sondervermögen für die Bundeswehr von einmalig 100 Mrd. Euro wird die militärische Komponente in Form der Bundeswehrteilstreitkraft Cyber- und Informationsraum (CIR) besser finanziell ausgestattet. Die zivilgesellschaftliche Komponente hingegen ist auf unzählige, weil nicht zentral organisierte, kommunale als</p>	<p>Votum der Antragskommission:</p> <p>Annahme</p>
--	--

<p>auch Landes- und Bundesbehörden verteilt. Insbesondere ist die Cyberabwehr trotz offenkundiger thematischer Nähe noch nicht Bestandteil des deutschen Katastrophenschutzes.</p>	
<p>A-19</p> <p><u>Antragsteller:</u> Landesvorstand JU Sachsen &amp; Niederschlesien</p> <p><u>Betreff:</u> Wingfoil-Verbot aufheben</p> <p><u>Der Landesparteitag möge beschließen:</u></p> <p>Die Sächsische Union setzt sich für die genehmigungsfreie Ausübung des Wingfoilen auf sächsischen Gewässern ein.</p> <p><u>Begründung:</u></p> <p>Im Erlass des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr (SMWA) vom 23.5.2022 wird festgestellt, dass Wingfoilen (und das Windsurffoilen) als eine Sportart eingestuft, die nicht genehmigungsfrei auf sächsischen Gewässern ausgeübt werden darf. Als Begründung nennt die Schifffahrtsbehörde die Einschätzung, dass das Foilen überwiegend als gefahrgeneigt einzustufen ist und solche gefährliche Gewässerbenutzungsarten nach § 7 Absatz 3 Satz 2 SächsSchiffVO zum Schutz von Personen, Natur bzw. Umwelt zu verbieten sind.</p> <p>Weder gibt es einen signifikanten Geschwindigkeitsunterschied zum genehmigungsfreien Windsurfen, noch ist im In- und Ausland eine erhöhte Verletzungsrate der Sportler sowie unbeteiligter Dritter wie z.B. von Badegästen bekannt. Die Einschränkung des Wingfoilen ist mangels nachvollziehbarer Begründung daher aufzuheben.</p>	<p>Votum der Antragskommission:</p> <p>Überweisung an Landtagsfraktion</p>
<p>A-20</p> <p><u>Antragsteller:</u> Kreisvorstand CDU Vogtland</p>	<p>Votum der Antragskommission:</p> <p>Annahme in geän-</p>

<p><u>Betreff:</u> Schulbildung: Projektwoche zum Wendeherbst 1989</p> <p><u>Der Landesparteitag möge beschließen:</u></p> <p>Die Sächsische Union fordert eine Projektwoche, die die Geschehnisse und herausragende Leistung zum Wendeherbst in den drei sächsischen Städten Plauen, Dresden und Leipzig näher behandelt, in die Lehrpläne der Gymnasien in den Klassenstufe 10 und Oberschulen in den Klassenstufen 9 aufzunehmen.</p> <p><u>Begründung:</u></p> <p>Die politische Wende 1989 war für die Städte Plauen, Dresden und Leipzig und darüber hinaus ein geschichtlich einschneidendes und richtungsweisendes Ereignis. Die erste friedliche Großdemonstration auf dem Gebiet der ehemaligen DDR fand in Plauen am 7. Oktober 1989 statt. Mutige Menschen schlossen sich an diesem Tag, dem 40. Jahrestag der ehemaligen DDR, der friedlichen Massenbewegung in der Innenstadt Plaueus an, bewaffnete Sicherheitskräfte standen ihnen gegenüber und ein Wasserwerfer sollte zum Einsatz gegen die friedlichen Demonstranten kommen. Zahlreiche Friedensgebete im Herbst 1989 zeigten bereits im Vorfeld der ersten Großdemonstration die Unzufriedenheit der Menschen.</p> <p>Im Nachgang an die erste Plauener Großdemonstration folgten in Dresden am 8. Oktober und in Leipzig am 9. Oktober weitere Großdemonstrationen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR.</p> <p>Diese drei politisch herausragenden Ereignisse waren der Grundstein zu einem noch nie dagewesenen politischen Umbruch, der mit dem Fall der Mauer am 9. November 1989 den Weg zur Deutschen Einheit ebnete.</p> <p>Jährlich am 7. Oktober sind die Menschen wieder auf der Straße und erinnern an den Mut der Menschen von 1989, viele waren damals selbst dabei. Um den geschichtlichen Hintergrund, der zur Revolution im Herbst 89 führte, abbilden zu können und diese Geschehnisse für die Jugend in Erinnerung zu erhalten, ist die Aufnahme einer Projektwoche in die Lehrpläne von großer Bedeutung.</p> <p>Die ständige Auseinandersetzung mit unserer Geschichte führt zur Stärkung der Demokratie, ist deshalb ein wichtiger Baustein einer aktiven Erinnerungskultur und sollte somit verstärkt in den Schulen stattfinden. Die Projektwoche kann gemeinsam mit dem neuen Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transfor-</p>	<p>derter Fassung</p> <p>Geänderte Fassung:</p> <p><u>Betreff:</u> Schulbildung: Projektwoche zum <del>zur</del> Friedlichen Revolution <del>Wendeherbst</del> 1989</p> <p>Die Sächsische Union fordert eine Projektwoche, die die Geschehnisse und herausragende Leistung zur Friedlichen Revolution <del>m Wendeherbst</del> in den drei sächsischen Städten Plauen, Dresden und Leipzig näher behandelt, in die Lehrpläne der Gymnasien in den Klassenstufe 10 und Oberschulen in den Klassenstufen 9 aufzunehmen.</p>
---	---

Antragstext

Empfehlung der  
Antragskommission

mation geplant werden.	
------------------------	--